

**Textfestsetzung  
VEP Nr. 6 A „Änderung des VEP Nr. 6 „Marienhütte“**

Aufgrund des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137) geändert durch Artikel 4 Abs. 10 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1359) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) und der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 18.Juni 2002 (GVBl. I S. 274) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau am 15.5.2006 folgende Satzung VEP Nr. 6 A „Änderung des VEP Nr. 6 Marienhütte“ beschlossen.

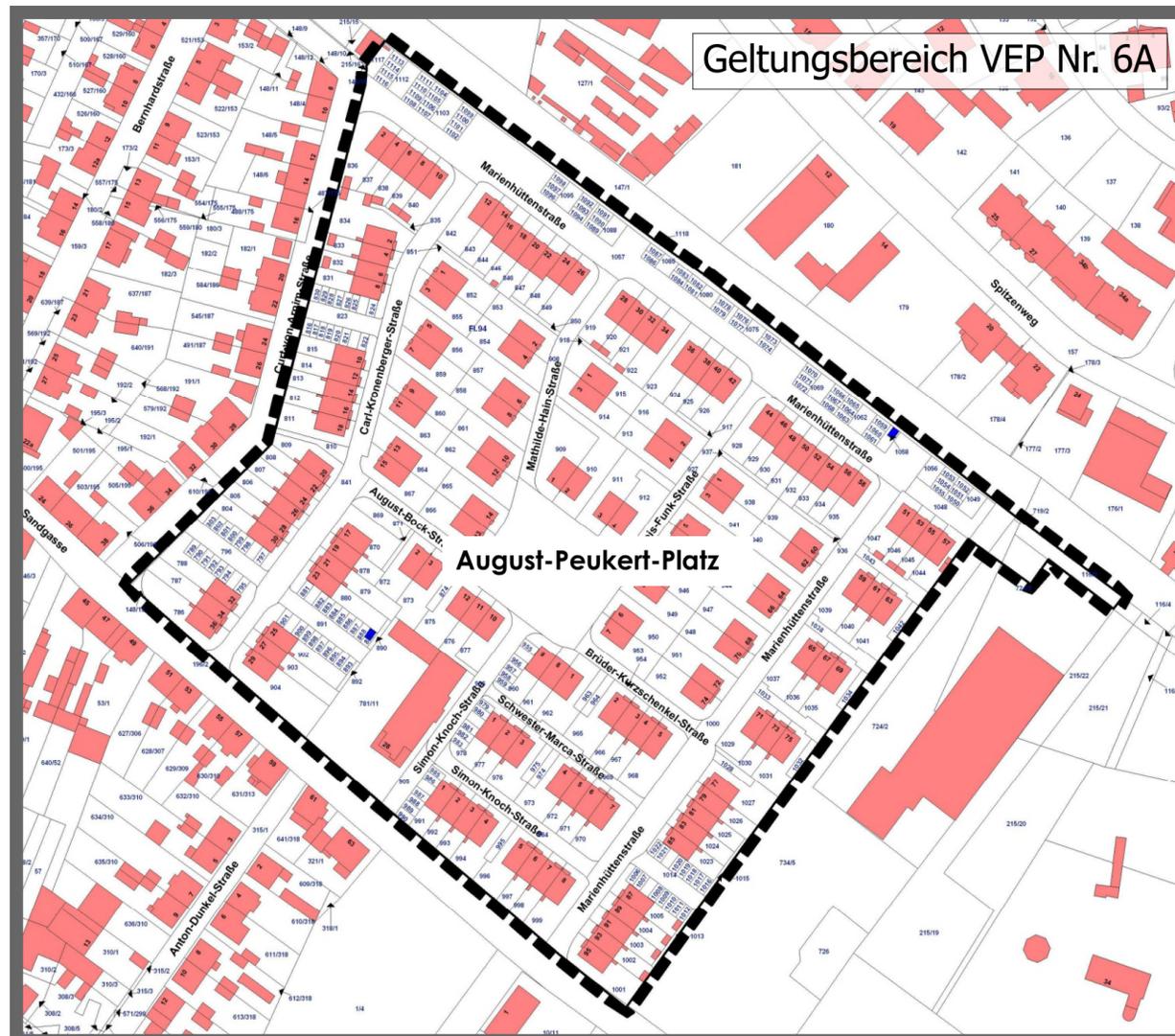
Den planungsrechtlichen Festsetzungen (§ 9 BauGB und BauNVO) Nr. 6 des VEP Nr. 6 „Marienhütte“ werden folgende Sätze hinzugefügt:

Je Baugrundstück ist eine Gerätehütte mit insgesamt nicht mehr als 7 m<sup>2</sup> Grundfläche auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.  
Die Gerätehütten sind nur in einfacher Holzbauweise zulässig.  
Für die Gerätehütten sind Pultdächer mit einer maximalen Höhe als Maß zwischen dem Schnittpunkt der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut und der Geländeoberkante von max. 2,4 m zulässig.  
Gerätehütten i.S. der Sätze 1 – 3 können gem. § 6 Abs. 11 HBO i.V. mit § 9 Abs. 4 BauGB und § 22 Abs. 4 BauNVO ohne Abstandsfläche an der Grundstücksgrenze errichtet werden.

**VEP Nr. 6A  
„Änderung des vorhabenbezogenen  
Bebauungsplanes Nr. 6 Marienhütte“**

**VEP Nr. 6 A „Änderung des VEP Nr. 6 „Marienhütte“**

Gesetzliche Grundlage für die Änderung des Bebauungsplans ist das Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137) geändert durch Artikel 4 Abs. 10 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1359) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) und der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 18.Juni 2002 (GVBl. I S. 274)



Die Stadtverordnetenversammlung beschloss die Bebauungsplanaufstellung nach § 2(1) BauGB	am 19.09.2005
Der Aufstellungsbeschluss wurde nach § 2 (1) BauGB ortsüblich bekanntgemacht	am 09.12.2005
Die Stadtverordnetenversammlung beschloss den Bebauungsplanentwurf und seine öffentliche Auslegung nach § 2 Abs. 2 BauGB	am 19.09.2005
Die öffentliche Auslegung wurde nach § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht	am 09.12.2005
Der Bebauungsplanentwurf wurde nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt	vom 19.12.2005 bis 27.01.2006
Die Stadtverordnetenversammlung beschloss den Bebauungsplan nach § 10 BauGB als Satzung	am 15.05.2006
Der Bebauungsplan wurde ortsüblich bekanntgemacht Der Bebauungsplan wurde damit rechtskräftig	am: 06.06.2006 am: 06.06.2006
Ausfertigung Es wird bestätigt, dass der Planinhalt unter Beachtung der vorstehenden Verfahrensschritte mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt	gez. Kaminsky Oberbürgermeister am: 21.06.2017
Der Bebauungsplan wurde erneut ortsüblich bekanntgemacht	gez. Kaminsky Oberbürgermeister Am: 03.07.2017